

WM Tagblatt 34.20

# 5G: Bevölkerung als „Versuchsobjekt“

## Physik-Professor wettert gegen Mobilfunk-Standard – Entscheidung des Pähler Gemeinderats „verantwortungslos“

Pähl – Schon im Pähler Gemeinderat war der neue Mobilfunkstandard 5G äußerst umstritten, als dieser in seiner Sitzung am 13. Februar über einen Antrag der „Deutschen Telekom“ zu entscheiden hatte. Der Mobilfunkbetreiber sucht einen Standort für einen neuen Mobilfunkmasten. Als geeignet erscheint dem Unternehmen eine gemeindeeigene Fläche in der Nähe des Wasserhochbehälters unterhalb der Bundesstraße B 2 nahe der Hirschbergalm (wir berichteten).

Manche Räte äußerten Bedenken gegen die von der Sendeanlage ausgehende Strahlung. Sie sehen vor allem den hochfrequenten 5G-Bereich kritisch, für den noch

keine Erfahrungswerte vorliegen. Es sei noch nicht bewiesen, dass diese Strahlung unschädlich für Menschen und Natur sei, so die Begründung. Schließlich sprach sich die Mehrheit gegen fünf Stimmen dafür aus, der „Deutschen Telekom“ das Einverständnis zur Errichtung des Sendemastens zu erteilen, der etwa 20 Meter hoch sein soll und einen Abstand von 120 Metern von der nächstgelegenen Wohnbebauung haben soll.

Für Professor Lutz Castell ist diese Entscheidung verantwortungslos. Der ehemalige Physik-Professor, der auf Vorschlag von Professor Werner Heisenberg habilitiert wurde und am Max-Planck-

Institut für Physik gearbeitet hat, sieht hier einen Missbrauch der Bevölkerung „als Versuchsobjekt für wahrscheinliche gesundheitliche Gefahren“. In Hamburg sei

### Kritiker vermutet, dass die neue Antenne vor allem die B 2 versorgen soll

der Grenzwert für Elektrosmog bereits um den Faktor 1000 gesenkt und deshalb ein geplantes Wohngebiet an einer Bahnlinie nicht gebaut worden. In der Industrie gebe es sogar Unternehmen, die ihren Grenzwert für hochfrequente Strahlenbelastung um den Faktor 100 000 herabsetzen würden.

Castell sieht keine Notwen-

digkeit, 5G einzuführen, um mehr Daten übertragen zu können. In Pähl gebe es zwar Unternehmen, die eine gut funktionierende Datenübertragung bräuchten, dies seien aber überwiegend Handwerksbetriebe, die kein hohes Datenvolumen hätten.

Er vermutet, dass die Antennen eigentlich für die Mobilfunkversorgung an der B 2 bestimmt sind, um eventuell autonomes Fahren nutzen zu können. „Aber das wird sich nicht durchsetzen“, ist Castell sicher. Das sei mit unnötigen Risiken behaftet, etwa,

wenn es bei Schneefall ausfalle. Hinzu komme die ständige Belastung der Menschen durch den „Radarsalat der Assistenzsysteme“ auf stark befahrenen Straßen. In den Entscheidungen von Politikern für die entsprechenden Sendeanlagen sieht Castell „vorausseilenden Gehorsam“ gegenüber den Interessen der Wirtschaft.

Das es auch anders geht würden Gemeinden wie Breitbrunn, Söcking und Wielenbach zeigen. Diese hätten Masten für 5G-Antennen bereits abgelehnt. Ein grundsätzliches Problem sieht Castell schon darin, dass die gesetzlichen Grenzwerte für die Belastung der Bevölkerung „industrie-

freundlich festgelegt“ seien und nur die thermische Wirkung berücksichtigen würden. Die Auswirkungen der Strahlung auf die menschliche Gesundheit seien noch nicht durch Langzeitstudien ausreichend erforscht.

Wenn schon ein Sendemast für die Versorgung der B 2 gebaut werden muss, dann müsse ein Standort gefunden werden, der weiter von der Wohnbevölkerung entfernt ist. Pähls Entscheidung sei eine „Nacht-und-Nebel-Aktion“ des Gemeinderats ohne Rücksicht auf Anwohner gewesen. Bei solchen schwerwiegenden Entscheidungen müssten die Bürger vorher befragt werden.

ALFRED SCHUBERT

Info  
Interesse  
unter C